

Schwarze, Johannes

Article — Published Version

OECD-Studie: Steigende Einkommensungleichheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schwarze, Johannes (2008) : OECD-Studie: Steigende Einkommensungleichheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 11, pp. 702-, <https://doi.org/10.1007/s10273-008-0860-0>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42988>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Automobilindustrie

Sektorhilfen gar nicht erst beginnen

Die Automobilindustrie leidet offenbar stärker unter der konjunkturellen Abschwächung als andere Branchen. Zum einen verkaufen sich große und daher teure Wagen gegenwärtig besonders schleppend. Zum anderen sind die potentiellen Käufer in schlechten Zeiten vorsichtig, sich zu verschulden, zumal die Banken derzeit genau schauen, wem sie Geld leihen. Allerdings hat die Automobilindustrie auch Strukturprobleme, die in einer wirtschaftlichen Schwächephase gnadenlos aufgedeckt werden. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Kapazitäten insbesondere in Osteuropa beträchtlich erweitert, ohne sie in den traditionellen Standorten wesentlich abzubauen. Dies ging gut, so lange in Osteuropa der Motorisierungsgrad stieg. Nun, da die Nachfrage eher vom Ersatzbedarf geprägt ist, werden aber Überkapazitäten offenkundig.

Angesichts der Bedeutung der Autobranche wurde ihr Ruf nach Stützungsmaßnahmen erhört. Das gerade beschlossene Maßnahmenpaket der Bundesregierung sieht vor, bis zum Juni 2009 gekaufte Fahrzeuge der Schadstoffklassen 5 und 6 von der Kraftfahrzeugsteuer freizustellen, auf europäischer Ebene die Regelung der CO₂-Emissionen ab 2012 verkräftbar zu gestalten und zusätzliche Kredite der Europäischen Investitionsbank EIB für die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologien zu veranlassen. Gefordert wird längst mehr: so die Einführung einer Verschrottungsprämie sowie zinsgünstiger Anschaffungskredite. Und Opel hat aktuell sogar um Staatsgarantien ersucht.

Der Staat kann bei einer Strukturanpassung Hilfeleistung leisten. Klarheit über die künftige Kraftfahrzeugsteuer und die europäischen Regelungen bei den CO₂-Emissionen wären dazu Beiträge. Technologieförderung könnte hilfreich sein, jedoch wäre es sehr bedenklich, sollten die bisherigen Signale des Marktes und der Politik für einen sparsameren Umgang mit Energie nicht angekommen sein. Eine andere Frage ist, ob man Strukturanpassungen „bis nach der Rezession“ verschieben sollte, weil entlassene Automobilarbeiter bei schwacher Konjunktur nur schwerlich neue Jobs finden dürften. Die beschlossenen Impulse für eine Belebung der Nachfrage sind indes gering, und man könnte fast schon froh darüber sein: Das geförderte Marktsegment ist bisher recht klein, und bei höheren finanziellen Anreizen dürften wohl vor allem die Preise steigen.

Verschrottungsprämien können die Nachfrage kräftig anregen, Strukturprobleme können sie aber nicht

lösen. Vor allem haben solche Prämien Nebenwirkungen. Zum einen dürften die Neuwagenpreise steigen, womit die Bürger doppelt zur Kasse gebeten werden, als Steuerzahler und als Nachfrager. Zum anderen würde die Fahrzeugflotte verjüngt und deshalb in nicht allzu ferner Zukunft der Ersatzbedarf einbrechen, womöglich genau dann, wenn die Konjunkturschwäche überwunden ist und die Industrie die Strukturprobleme angehen müsste. Leicht wird dann nach neuen Hilfen gerufen. Dass die Regierung derzeit die Wirtschaft durch eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik unterstützen sollte, ist nicht sehr kontrovers. Mit Beihilfen für einzelne Sektoren sollte man gar nicht erst anfangen.

Roland Döhrn

Rheinisch-Westfälisches-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

doehrn@rwi-essen.de

Dollarkurs

Uneiniges Europa

In nur kurzer Zeit ist der Euro von einem Preis von nahezu 1,60 US-\$ auf unter 1,30 US-\$ gefallen. Das ist nicht ungewöhnlich, überrascht aber doch, da die globale Krise von den USA ausging und die Konsequenzen für das US-Finanzsystem weit reichend sind. Das Finanzsystem der alten Art ist innerhalb weniger Wochen zusammengebrochen und mindestens in dieser Beziehung gibt es den „American way of finance“ nicht mehr. Haben die Marktteilnehmer also plötzlich die ganz lange Sicht gewählt, in der Amerika aufgrund der größeren Dynamik besser dasteht als der Euro-Raum? Wohl kaum. Was aber sonst steht hinter dem Anstieg des Dollars in einer Zeit, in der die Zinsen im Euro-Raum noch immer höher sind als in den USA?

Wahrscheinlich genau dies: die Zinsen in anderen Währungsräumen der Welt sind und waren höher (mit der wichtigen Ausnahme Japans) und boten in der Vergangenheit Anlass zu Carry Trades. Die Investoren verschuldeten sich in den USA und Japan und legten das geliehene Geld in höherverzinslichen anderen Währungen an. Wenn aber diese Kredite fällig werden, müssen sie sich Dollar und Yen besorgen um die Kredite zu bedienen — und das treibt deren Kurs hoch. (Ein ähnliches Schauspiel haben wir gerade in Deutschland gesehen mit den heftigen Ausschlägen der VW-Aktie.)

Ein anderer wichtiger Grund für den Anstieg des Dollars dürfte sein, dass die US-Regierung eine klare Politik verfolgt. Das, wenn auch verspätete, Vorgehen der Amerikaner signalisiert, dass man aus den Fehlern der Lehman-Pleite gelernt hat und pragmatisch bereit ist, die Politik zu ändern, wenn das nötig erscheint. In Eu-

ropa hingegen sucht noch jedes Land nach einem eigenen Weg aus der Krise, selbst wenn viel von Zusammenarbeit die Rede ist. Frankreich möchte am liebsten verstaatlichen, während in Deutschland die Kanzlerin auf Zurückhaltung setzt und der Finanzminister an die Banken appelliert, doch bitte Geld zu nehmen. Initiativen und Pläne, wie jener der Issing-Gruppe, werden allenthalben vorbereitet, aber eben nur auf nationaler Ebene. All dies schafft nicht gerade Vertrauen in eine gemeinsame europäische Politik.

Wieder einmal beweist Europa, dass es noch weit von der Einheit entfernt ist. Ein gemeinsamer Finanzmarkt, den man eigentlich anstrebt, und ein gemeinsamer Euro-Kurs, den man gewollt hat, bräuchten auch eine gemeinsame Finanzmarktregulierung, mindestens aber ein abgestimmtes und konsequentes Vorgehen, das die Verflechtung der Finanzmärkte und das systemische Risiko ernst nimmt. Stattdessen wird Europa seiner Bedeutung für die globalen Finanzmärkte nicht gerecht. Mit dieser Haltung kann man nicht wirklich erwarten, in den internationalen Gremien wie den G-20 Gehör zu finden. Und dies, wie man sieht, wirkt sich an anderer Stelle aus. Denn der Wechselkurs ist eben immer auch ein Spiegelbild des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit von Regierungen.

*Carsten Hefeker
Universität Siegen
carsten.hefeker@uni-siegen.de*

OECD-Studie

Steigende Einkommensungleichheit

In ihrer jüngst erschienenen Studie „Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries“ berichtet die OECD von einer signifikanten Zunahme von Ungleichheit und Armut in Deutschland und vielen anderen Ländern der OECD. Als arm werden die Personen bezeichnet, deren Einkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens (Median) der Bevölkerung beträgt. Zwischen 1995 und 2005 hat die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland um 2,6 Prozentpunkte auf einen Gini-Koeffizienten von 0,30 zugenommen. Die Armutsquote ist im gleichen Zeitraum um 2 Prozentpunkte gestiegen und betrug im Jahre 2005 11%.

Alarmierende Zahlen? Wohl nicht, wenn man die von Experten und Medien heraufbeschworene dramatische Zunahme der Ungleichheit vor Augen hat.

Dennoch spiegeln sie die von der deutschen Bevölkerung empfundene zunehmende Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung wider. Allerdings werden in der OECD-Studie die hohen Einkommen nur unzureichend berücksichtigt. Die Zahlen zeigen aber, dass nicht nur die Kluft zwischen durchschnittlichen und sehr hohen Einkommen größer geworden ist, sondern dass auch die Ungleichheit im mittleren Bereich der Einkommensverteilung zugenommen hat.

Eine wichtige Rolle kommt dabei der stetig zunehmenden Ungleichheit von Einkommen aus Aktien, Fonds und anderen Wertpapieren zu, die auch für breitere Bevölkerungsschichten eine immer größere Rolle spielen. Die Kapitaleinkommen tragen aber auch deshalb zur steigenden Einkommensungleichheit bei, weil das Risiko und damit die Streuung, die mit diesen Einkommen einhergeht, zugenommen haben. Die aktuelle Finanzkrise ruft dies deutlich in Erinnerung. Befürworter einer weitgehenden Finanzierung von Alterseinkommen aus Kapitalvermögen sollten dies bedenken. Auf die Mischung kommt es an: Ein Verzicht auf die aus Lohneinkommen umlagefinanzierte Komponente des gesetzlichen Altersversicherungssystems ist mit der Gefahr einer vergrößerten Einkommenskluft verbunden.

Nicht neu ist die Erkenntnis der OECD, dass Arbeitslosigkeit bzw. Nichtbeschäftigung eine wesentliche Ursache für Einkommensarmut, auch für die betroffenen Kinder ist. Alarmierend ist jedoch, in welchem Umfang dies der Fall ist: Über alle Länder hinweg ist das Armutsrisiko in von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien sechsmal höher als in Familien, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dieser Befund unterstreicht, wie wichtig Beschäftigung für gleiche Chancen und damit weniger Ungleichheit in der Gesellschaft ist. Und mehr Beschäftigung wirkt: Nach neuen Zahlen des DIW Berlin ist die Armutsquote in Deutschland – vergleichbar gemessen wie von der OECD – mit dem Sinken der Arbeitslosigkeit 2007 erstmals zurückgegangen. Dieser konjunkturell bedingte Rückgang könnte nur von kurzer Dauer sein. Voraussetzung für nachhaltige Beschäftigungschancen ist Bildung und Ausbildung. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse des „Bildungsgipfels“ von Bundesregierung und Bundesländern sehr ernüchternd.

*Johannes Schwarze
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
johannes.schwarze@uni-bamberg.de*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm